

## Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XIV
Abkürzungsverzeichnis	XLIII
<b>§ 1 Einleitung</b>	<b>1</b>
A. Faktische Ausgangslage: Die Binnenschifffahrt und ihre Auswirkungen auf die Umwelt	1
I. Die Rolle der Binnenschifffahrt als Verkehrsträger in Vergangenheit und Gegenwart	1
II. Umweltbeeinträchtigungen durch die Binnenschifffahrt	3
1. Vorbemerkungen	3
2. Eigentlicher Schiffsbetrieb	5
3. Schiffsunfälle	8
4. Neubau, Ausbau und Unterhaltung von Wasserstraßen	10
III. Resümee	11
B. Problemstellung und Ziel der Arbeit	12
<b>Teil 1: Die Kompetenzverteilung zum Schutz der Umwelt in der Binnenschifffahrt auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene</b>	<b>17</b>
<b>§ 2 Der kompetenzrechtliche Rahmen des Grundgesetzes zum Schutz der Umwelt in der Binnenschifffahrt</b>	<b>17</b>
A. Vorbemerkungen: Die Pflicht des Staates zum Schutz der Umwelt in der Binnenschifffahrt	17
I. Der Schutz der Umwelt als öffentliche Aufgabe	17
II. Die Pflicht des Staates zum Schutz der Umwelt	18
III. Die Vermeidung und Verringerung binnenschifffahrtsbedingter Umweltbeeinträchtigungen als Bestandteil der staatlichen Umweltschutzpflicht	20

<b>B. Grundgesetzliche Kompetenzen zum Schutz der Umwelt in der Binnenschifffahrt</b>	<b>23</b>
I. Vorbemerkungen	23
II. Die Kompetenz zur Regelung des Wasserverkehrs- und Wasserwegerechts (Art. 74 Abs. 1 Nr. 21 GG)	23
1. Inhalt der Kompetenz	24
a. Wasserverkehrs- und Wasserwegerecht im herkömmlichen Sinne	24
b. Die Einbeziehung umweltschutzbezogener Regelungen	25
2. Materiellrechtliche Ausgestaltung	28
a. Wasserverkehrsrecht	28
b. Gefahrgutbeförderungsrecht	31
c. Wasserwegerecht	32
III. Die Kompetenz zur Regelung des Wasserhaushalts (Art. 74 Abs. 1 Nr. 32 GG)	32
IV. Die Kompetenz zur Regelung von Naturschutz und Landschaftspflege (Art. 74 Abs. 1 Nr. 29 GG)	34
V. Die Kompetenz zur Regelung der Abfallwirtschaft, der Luftreinhaltung und der Lärmbekämpfung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 24 GG)	35
VI. Verbleibende Kompetenzen der Länder zur Vermeidung und Verringerung binnenschifffahrtsbedingter Umweltbeeinträchtigungen	37
<b>C. Zusammenfassung</b>	<b>41</b>
 <b>§ 3 Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft zum Schutz der Umwelt in der Binnenschifffahrt</b>	 <b>43</b>
A. Vorbemerkungen: Der Umweltschutz als Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft	43
B. Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft zum Schutz der Umwelt in der Binnenschifffahrt	44
I. Einführung	44
II. Der Schutz der Umwelt als Gegenstand der gemeinsamen Verkehrspolitik	45
1. Überblick über die Gemeinschaftskompetenzen im Bereich der Verkehrspolitik (Art. 70 ff. EGV)	45
2. Die Entstehung einer gemeinsamen Verkehrsumweltpolitik	46
III. Die Bedeutung der Transeuropäischen Netze (Art. 154 ff. EGV) für den Schutz der Umwelt in der Binnenschifffahrt	48

## VII

IV.	Die Binnenschifffahrt im Rahmen der Umweltpolitik (Art. 174 ff. EGV)	50
1.	Inhalt der Kompetenz	50
2.	Verhältnis zu der verkehrsspezifischen Kompetenz des Art. 71 Abs. 1 lit. d EGV	51
V.	Die Verwirklichung des Binnenmarktes (Art. 95 EGV) als Mittel zum Schutz der Umwelt in der Binnenschifffahrt	52
VI.	Zusammenfassung	53
C. Die bisherigen Aktivitäten der Gemeinschaft zum Schutz der Umwelt in der Binnenschifffahrt		54
I.	Vorbemerkungen	54
II.	Bisherige Maßnahmen	54
<b>§ 4 Die Kompetenzen zum Schutz der Umwelt in der Binnenschifffahrt auf internationaler Ebene</b>		59
A. Vorbemerkungen		59
B. Der Umweltschutz als Bestandteil der Zuständigkeitsbereiche der internationalen Schifffahrtskommissionen		62
I.	Allgemeines zum Aufgabenbereich	62
1.	Die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt	62
2.	Die Moselkommission	64
3.	Die Donaukommission	65
II.	Die Zuständigkeit der internationalen Schifffahrtskommissionen für Maßnahmen zum Schutz der Umwelt in der Binnenschifffahrt	66
1.	Die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt	66
2.	Die Moselkommission und die Donaukommission	71
C. Zusammenfassung		73
<b>§ 5 Verhältnis der Kompetenzen der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Gemeinschaft und der internationalen Schifffahrtskommissionen</b>		74
A. Vorbemerkungen		74
B. Das Kompetenzverhältnis Bundesrepublik Deutschland – Europäische Gemeinschaft		75
I.	Allgemeines zur Zuständigkeitsverteilung zwischen Europäischer Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten	75

## VIII

II.	Das Kompetenzverhältnis zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten im Bereich des Umweltschutzes in der Binnenschifffahrt	77
C.	Das Kompetenzverhältnis Bundesrepublik Deutschland – internationale Schifffahrtskommissionen	80
I.	Einführung	80
II.	Die internationalen Schifffahrtsregime als begrenzte Einschränkungen der territorialen Souveränität	81
D.	Das Kompetenzverhältnis Europäische Gemeinschaft – internationale Schifffahrtskommissionen	83
I.	Der Grundsatz der Unberührtheit früherer völkerrechtlicher Verträge	83
II.	Konsequenzen für das Verhältnis der Maßnahmen der Gemeinschaftsorgane – Maßnahmen der internationalen Schifffahrtskommissionen	84
	1. Maßnahmen der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt	84
	2. Maßnahmen der Moselkommission	86
	3. Maßnahmen der Donaukommission	87
E.	Zusammenfassung	88
	<b>Teil 2: Die bisherige Rechtsentwicklung zum Schutz der Umwelt in der Binnenschifffahrt</b>	91
	<b>§ 6 Die Bekämpfung der Umweltbeeinträchtigungen durch den eigentlichen Schiffsbetrieb</b>	92
A.	Einleitung	92
B.	Rechtliche Anforderungen an die Konstruktion und die Ausrüstung von Binnenschiffen	93
I.	Die Verhütung von Luftverunreinigungen	93
	1. Die Bedeutung des BImSchG für die Binnenschifffahrt	93
	a. Anwendbarkeit	93
	b. Allgemeine Beschaffenheitsanforderungen zur Bekämpfung verkehrsbedingter Emissionen	93

2. Die Emissionsgrenzwerte des Wasserverkehrsrechts	94
a. Vorbemerkung	94
b. RheinSchUO	95
c. BinSchAbgasV und BinSchUO	97
3. Die Verhütung von Luftverunreinigungen durch die Regelungen über die Zusammensetzung der Treibstoffe für Binnenschiffe	98
II. Die Verhütung von Gewässerverunreinigungen	101
1. Lenzeinrichtungen/Einrichtungen zum Sammeln von ölhaltigem Wasser und gebrauchtem Öl	101
2. Bunkern von Öl	102
3. Beschaffenheit der Antriebsanlagen	102
4. Sonstige Ausrüstung	104
5. Einrichtungen zum Sammeln und Entsorgen von häuslichen Abwässern	104
III. Die Verhütung von Lärm	104
C. Rechtliche Anforderungen an den Betrieb von Binnenschiffen	105
I. Allgemeine Anforderungen an das Fahrverhalten zum Schutze der Umwelt	106
1. Allgemeine Sorgfaltspflichten	106
a. Die allgemeinen Sorgfaltspflichten des WHG und des BNatSchG	106
aa. Anwendbarkeit	106
bb. Gegenstand der allgemeinen Sorgfaltspflichten nach § 1a Abs. 2 WHG und § 4 BNatSchG	107
b. Die allgemeinen Sorgfaltspflichten des Wasserverkehrsrechts	108
2. Allgemeine Anforderungen an den Betrieb von Binnenschiffen gemäß § 38 Abs. 1 Satz 2 BImSchG	110
II. Der Schutz vor schädlichen Luftverunreinigungen durch das Verbot der Entgasung von Tankschiffen	111
1. Die Bedeutung der 20. BImSchV für die Binnenschiffahrt	111
2. Die (Un-) Zulässigkeit der Entgasung von Tankschiffen nach dem ADNR	113
III. Der Schutz der Gewässer durch das Verbot der schiffsseitigen Einbringung und Einleitung von Stoffen in die Wasserstraßen	115
1. Das allgemeine Einbringungs- und Einleitungsverbot des Wasserhaushaltsgesetzes	115
a. Einleitung	115

b. Der Benutzungstatbestand des § 3 Abs. 1 Nr. 4 WHG:	
Die Einbringung und Einleitung von Stoffen	115
aa. Gegenstand des Einbringungs- und Einleitungsverbot	115
bb. Notwendigkeit der Einschränkung in der Binnenschifffahrt aus verfassungsrechtlichen Gründen	117
2. Die speziellen Einbringungs- und Einleitungsverbote des Schifffahrtspolizeirechts	119
a. Historische Entwicklung	119
b. Inhalt der heutigen Einbringungs- und Einleitungsverbote	121
aa. Das Verbot der Einbringung und Einleitung gemäß § 1.15 Nr. 1 BinSchStrO	121
bb. Die speziellen Einbringungs- und Einleitungsverbote für Schiffsbetriebsabfälle	123
3. Die Einbringungs- und Einleitungsverbote des Wasserwegerechts	124
IV. Die Abfallentsorgung in der Binnenschifffahrt	125
1. Die Bedeutung des KrW-/AbfG für die Binnenschifffahrt	126
a. Anwendbarkeit	126
b. Rechtliche Konsequenzen für die Binnenschifffahrt	126
aa. Pflicht zur Abfallvermeidung	126
bb. (Keine) Pflicht zur eigenen Abfallverwertung oder Abfallbeseitigung	127
cc. Pflicht zur Überlassung der Abfälle	128
2. Spezielle Anforderungen an die Abfallentsorgung nach Schifffahrtspolizeirecht	130
a. Historische Entwicklung	130
b. Abfallspezifische Pflichten	131
3. Übereinkommen über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt	133
V. Die Regelung von Verkehrsbeschränkungen für die Binnenschifffahrt auf den Bundeswasserstraßen zum Schutz der Umwelt	135
1. Verkehrsbeschränkungen auf Grundlage des Wasserwegerechts	135
a. Vorbemerkungen	135
b. Befahrensbeschränkungen für Bundeswasserstraßen in Naturschutzgebieten und Nationalparks	136
c. Die Entwidmung von Bundeswasserstraßen als Schifffahrtswege	138
2. Verkehrsbeschränkungen auf Grundlage des Wasserverkehrsrechts	138

<b>§ 7 Der Schutz der Umwelt durch die Verhütung von Unfällen in der Binnenschifffahrt</b>	<b>140</b>
A. Vorbemerkungen	140
B. Besondere Bestimmungen für den Gefahrguttransport	140
I. Anforderungen nach der Verordnung über den Transport gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR)	141
1. Historische Entwicklung	141
2. Aufbau und Inhalt des ADNR 2003	142
II. Zusätzliche Vorgaben für den Transport gefährlicher Güter durch die Europäische Gemeinschaft	145
<b>§ 8 Die Berücksichtigung des Umweltschutzes beim Neubau, Ausbau sowie der Unterhaltung von Wasserstraßen</b>	<b>147</b>
A. Vorbemerkungen: Die Bundeswasserstraßenverwaltung nach Art. 89 Abs. 1 GG	147
B. Umweltschutz beim Neubau und Ausbau von Bundeswasserstraßen	148
I. Einführung	148
II. Die Beachtung des Umweltschutzes in den einzelnen Planungsstufen	150
1. Einleitung	150
2. Der Schutz der Umwelt im Rahmen der Linienbestimmung gemäß § 13 Abs. 1 WaStrG	152
3. Die Berücksichtigung umweltrechtlicher Belange innerhalb der eigentlichen Planfeststellung gemäß § 14 WaStrG	154
a. In verfahrensrechtlicher Hinsicht	154
b. In materiellrechtlicher Hinsicht	156
aa. Planrechtfertigung	156
bb. Planungsleitsätze	157
cc. Abwägungsgebot	158
C. Umweltschutz bei der Unterhaltung von Bundeswasserstraßen	159
<b>§ 9 Zusammenfassung der derzeitigen Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung binnenschifffahrtsbedingter Umweltbeeinträchtigungen</b>	<b>161</b>

<b>Teil 3: Möglichkeiten einer Verbesserung des Umweltschutzes in der Binnenschifffahrt</b>	<b>163</b>
<b>§ 10 Ermittlung tatsächlicher und rechtlicher Handlungsspielräume</b>	<b>163</b>
A. Vorbemerkungen	163
B. Mögliche Handlungsansätze zur Vermeidung und Verringerung gegenwärtig noch existierender Umweltbeeinträchtigungen durch die Binnenschifffahrt	165
I. Verbesserungsmaßnahmen im Bereich des Schiffsbetriebs	165
II. Verbesserungsmaßnahmen zur Verhütung von Schiffsunfällen	168
III. Verbesserungsmaßnahmen beim Neubau, Ausbau sowie der Unterhaltung der Bundeswasserstraßen	169
<b>§ 11 Rechtliche Zulässigkeit der vorgeschlagenen Verbesserungsmaßnahmen</b>	<b>171</b>
A. Vorbemerkungen	171
I. Maßnahmen auf Ebene der Europäischen Gemeinschaft	171
II. Maßnahmen auf Ebene der internationalen Schifffahrtskommissionen	172
III. Maßnahmen auf Ebene der Bundesrepublik Deutschland	173
B. Gesetzgebungszuständigkeit der Bundesrepublik Deutschland	177
I. Einschränkung der Gesetzgebungszuständigkeit aus gemeinschaftsrechtlichen Gründen ?	177
1. Nationale Handlungsspielräume im Bereich der schiffsbetriebsbedingten Umweltbeeinträchtigungen	179
a. Strengere Anforderungen im schiffstechnischen Bereich	179
b. Verschärfung der Emissionsgrenzwerte	181
c. Generelles Entgasungsverbot für Binnentankschiffe	182
d. Einführung strengerer Vorgaben für die Zusammensetzung der Schiffskraftstoffe	183
e. Durchsetzung sonstiger Maßnahmen	185
2. Nationale Handlungsspielräume im Bereich der Verhütung von Schiffsunfällen	186
3. Nationale Gestaltungsmöglichkeiten zur Verbesserung des Umweltschutzes beim Neubau, Ausbau sowie der Unterhaltung der Bundeswasserstraßen	188
4. Ergebnis	189



II.	Ausschluss eines nationalen Alleingangs der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der internationalen Schifffahrtsakten	190
	1. Unzulässigkeit nationaler Alleingänge	191
	2. Zulässigkeit nationaler Alleingänge	191
	3. Eigene Stellungnahme	192
	a. Grammatikalische Auslegung	193
	b. Systematische Auslegung	195
	c. Teleologische Auslegung	196
	d. Historische Auslegung	197
	e. Würdigung des Verhaltens der Vertragsstaaten	197
	4. Ergebnis	198
C.	Inhaltliche Anforderungen an nationale Alleingänge	199
I.	Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben	200
	1. Zulässigkeit mitgliedstaatlicher Maßnahmen im Bereich der schiffsbetriebsbedingten Umweltbeeinträchtigungen	201
	a. Verbleibende ordnungsrechtliche Maßnahmen	201
	b. Einführung strengerer Vorgaben für die Zusammensetzung der Schiffskraftstoffe	203
	c. Einsatz umweltökonomischer Instrumente	205
	2. Zulässigkeit mitgliedstaatlicher Maßnahmen im Bereich der Verhütung von Schiffsunfällen	207
	3. Zulässigkeit der vorgeschlagenen Umweltschutzmaßnahmen im Rahmen des Neubaus, Ausbaus sowie der Unterhaltung der Bundeswasserstraßen	208
	4. Ergebnis	210
II.	Anforderungen aus völkerrechtlicher Sicht	211
	1. Verstärkte Schutzmaßnahmen im Bereich des Schiffsbetriebs und zur Verhütung von Schiffsunfällen	211
	2. Verstärkte Schutzmaßnahmen im Rahmen des Neubaus, Ausbaus sowie der Unterhaltung der Bundeswasserstraßen	213
	3. Ergebnis	215
III.	Anforderungen aus verfassungsrechtlicher Sicht	215
	<b>Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse</b>	<b>219</b>